TORSTEN SILZ / DDP

Lohnempfänger im Walzwerk

ALTERSVERSORGUNG

Rentengarantie überflüssig

Besser als erwartet entwickelt sich die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres nahmen die Alterskassen Beiträge in Höhe von 87,8 Milliarden Euro ein, ein Zuwachs um 0,9 Prozent. Werden die Überweisungen der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit zugunsten von Erwerbslosen mitgezählt, stiegen die Einnahmen in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres sogar um 1,2 Prozent. Noch im Frühjahr hatten Experten damit gerechnet, dass die durchschnittlichen Löhne und damit die Beitragseinnahmen der Rentenkasse sinken würden. Laut damals gültiger Rentenformel hätten deshalb die Altersbezüge 2010 gesenkt werden müssen. Daraufhin hatte die Große Koalition ein Gesetz verabschiedet, nach dem die Renten niemals gekürzt werden dürfen. Nach den jüngsten Zahlen wäre diese Rentengarantie jedoch zumindest im nächsten Jahr überflüssig. Zugleich erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung im nächsten Jahr stabil halten kann. Setzt sich der Trend der vergangenen Monate fort, werden sich Einnahmen und Ausgaben der Alterskassen in 2009 voraussichtlich die Waage halten. Entsprechend beliefe sich die Rücklage der Rentenkassen weiter auf rund 16 Milliarden Euro, deutlich über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserve.

FINANZKRISE

„Bedenkliche Engpässe“

Hans-Peter Keitel, 61, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, über die drohende Kreditklemme und die Aufgaben für die nächste Bundesregierung

SPIEGEL: Herr Keitel, die Berliner Regierung sagt, es gibt eine Kreditklemme. Die Banken sagen, es gibt keine. Wer hat recht?

Keitel: Beides ist richtig. Wer eine gesunde Firma führt, hat kein Problem, ein kurzfristiges Darlehen für seine laufenden Geschäfte zu bekommen. Da muss ich die Banken gegen die bisweilen populistische Kritik sogar in Schutz nehmen. Schwierigkeiten gibt es aber bei Krediten, mit denen Unternehmen große, langfristig angelegte Projekte oder Investitionen finanzieren. Hier beobachten wir bedenkliche Engpässe. Die Klemme ist noch nicht da, aber wir stehen kurz davor.

SPIEGEL: Was befürchten Sie konkret?

Keitel: Die Banken haben in der Finanzkrise bereits große Teile ihres Eigenkapitals eingebüßt. Jetzt müssen sie wegen der wachsenden realwirtschaftlichen Risiken alte und neue Kreditforderungen mit immer mehr Eigenkapital unterlegen. Das ist die Mechanik von Basel II. Dadurch reduzieren sich ihre Möglichkeiten, Kredite zu vergeben. Wenn die Geldhäuser aber nur noch todsichere Geschäfte finanzieren, trifft das nicht zuletzt den Kernbereich der deutschen Industrie, den exportorientierten, hoch innovativen Mittelstand. Kommt die Kreditvergabe nicht in Schwung, befürchte ich, dass im Herbst selbst kerngesunde Unternehmen in existenzbedrohende Schwierigkeiten kommen könnten – mit allen negativen Folgen für Konjunktur und Beschäftigung.

SPIEGEL: Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg droht, er wolle die Banken notfalls zur Kreditvergabe zwingen.

Keitel: Davon halte ich gar nichts. Die Finanzkrise ist entstanden, weil die Banken zu große Risiken eingegangen sind. Deshalb ist es richtig, wenn sie jetzt stärker auf ihre Risiken achten. Nur darf das Pendel nicht zu weit in die entgegengesetzte Richtung ausschlagen. Staatlicher Zwang hilft dabei genauso wenig wie zusätzliche staatliche Gelder. Davon haben wir mittlerweile genug eingesetzt. Stattdessen plädiere ich dafür, gezielt die Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe zu verbessern.

SPIEGEL: Wie soll das gehen?

Keitel: Es muss für Unternehmen leichter werden, einen Kredit der staatlichen KfW zu bekommen. Hilfreich wäre zudem, wenn die KfW direkt Darlehenspapiere der Banken ankaufen dürfte. Weiter sollte die Regierung sich energisch dafür einsetzen, die Banken bei den Eigenkapital-Anforderungen der sogenannten Basel-II-Richtlinie zu entlasten.

SPIEGEL: Wenn Ihre Prognose zutrifft, wird sich die Kreditklemme erst nach den Bundestagswahlen so richtig zuspitzen. Was bedeutet das für die nächste Regierung?

Keitel

PETER SCHINZLER

Keitel: Die neue Regierung muss vor allem eine Strategie für die dramatischen Defizite entwickeln, die der Staat im Kampf gegen die Finanzkrise auf sich genommen hat. Natürlich muss der Haushalt konsolidiert werden. Aber die Regierung sollte aufpassen, dass sie dabei nicht wiederum das Wachstum abwürgt. Nur die Wirtschaft kann uns aus der Misere wieder herausbringen. Deshalb wäre es ein Fehler, einseitig auf die Erhöhung von Steuern und Abgaben zu setzen. Wer den Aufschwung beschleunigen will, muss im Gegenteil die Wachstumsträger dieser Gesellschaft gezielt entlasten: die breite Mittelschicht der Arbeitnehmer genauso wie die Unternehmen.